

Botschaft des englischen Königs an die Indier.
London, 1. April. (Zunehmend.) Der englische König hat nach Antrittstreten der neuen Versammlung für Indien eine Botschaft an die Indier gerichtet. Die Botschaft lautet: „Ich erlaube die Zeit jener verlässlichenmässigen Reformen in Kraft. Die Indier und Engländer gleichmäßig Arbeit und Würde zu bewahren. Ich kann nicht zugeben, daß nicht vorübergehenden, lassen, eine meine indischen Unterthanen zu verläschen, daß meine Gedanken und guten Wünsche bei ihnen find. Ein neues Kapitel wird uns eröffnen, und es ist meine schließliche Hoffnung, und mein Gedanke, daß die jetzt gebotenen Gelegenheiten flug und edelmütig für das dauernde Wohlergehen aller meiner indischen Völker genügt werden.“
 Am 2. April hat der König an Barma, das mit dem heutigen Tage die Indier gekannt wird, eine besondere Botschaft gerichtet und dem Gouverneur von Barma eine hohe Auszeichnung verliehen.

Die Kleine Entente tagt.

Nach dem jugoslawisch-italienischen Vertrag. — Rumäniens Vorwürfe gegen Belgrad. Französisch-jugoslawische Wünsche nach erweiterten Bündnisverpflichtungen.

Die unbequeme Achse Berlin—Rom.

dem Winterhelferwert 1933/34 bereits unterliegt. Die Verfassung des Winterhelferwertes enthält — ihrem Wesen entsprechend — keine Einzelverpflichtungen für die Durchführung der politischen Maßnahmen; ihre Festlegung ist dem Reichsausschuss für die Währungsangelegenheiten vorbehalten. Die Anordnungen grundsätzlicher Natur im Einklang mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda erläßt.

Nach dem Winterhelferwert durch das Gesetz vom 1. Dez. 1936 die Rechtsfähigkeit anerkannt und damit auch seine verbindliche Wirksamkeit formell festgelegt worden, so enthält die einleitende Bestimmung einprägnant den Gedanken der Fortsetzung des Wertes auch in der Zukunft:

„Das Winterhelferwert des deutschen Volkes, in dem Einheitswert und Opferbereitschaft eines Volkes im Kampf gegen Hunger und Kälte des Winters ihren lebendigen Ausdruck gefunden haben, wird nach dem Befehl des Führers als ländliches Wert der Tat gewordenen Volksgemeinschaft fortgeführt.“

Damit ist aber auch zugleich ausgesprochen, daß das Winterhelferwert wie bisher so auch künftig an dem Prinzip der freiwilligen Mitarbeit und des aus freier Entscheidung gegebenen Opfers jedes einzelnen festhält. Jeder Welches nach Erfüllung für das Winterhelferwert haben hieran etwas geändert.

Die Möglichkeit dieses Prinzipes kann durch nichts besser beleuchtet werden, als durch den wiederum umfassenden Erfolg, mit dem das Winterhelferwert 1936/37 abschließt. Unermüdliche Einsatz des freiwilligen Helfers, dessen Hilfe, verantwortungsvolle Arbeit nicht genug gewürdigt werden kann und immer wieder dankbar anerkannt werden muß, Opferbereitschaft des ganzen Volkes haben auch in diesem Jahr das Gelingen des Wertes gesichert.

Auch für die kommenden Aufgaben hat die einleitende Bestimmung der Erfüllung für das Winterhelferwert bleibende Gültigkeit:

„Die Arbeit des Winterhelferwertes des deutschen Volkes wird bestimmt vom dem Reichs Gemeinnutz vor Eigennutz.“

Keinerlei Änderung der italienischen Spanienpolitik.

Rom, 31. März. Der italienische Propagandaminister Alfieri ist gelegentlich eines Empfangs der ausländischen Presse mit aller Bestimmtheit dem Versprechen ausgedrückt, daß die italienische Spanienpolitik unverändert bleibt und in diesem Zusammenhang einige Fragen über die italienische Spanienpolitik beantwortet.

An den Meldungen über neue italienische Freiwilligentransporte nach Spanien, so erklärte der Minister, kein wahres Wort. Das Verbot von solchen Transporten und die entsprechenden Maßnahmen würden von Italien mit aller Strenge eingehalten. Ebenso falsch seien die Angaben, wonach weitere italienische Abteilungen oder gar Divisionen zur Ausreise nach Spanien bereitstünden. Auch über die Luft der italienischen Freiwilligen in Spanien seien ganz übertriebene Gerüchte verbreitet worden. In Wirklichkeit betreffen die Verluste der italienischen Freiwilligen nicht auf Tausende, sondern auf einige hundert Tote und Verletzte. Die Haltung Italiens in der spanischen Frage habe keinerlei Änderung erfahren. Spanien verbleibe jedoch, daß die im Rahmen der Nichtbeteiligungspolitik in Übereinstimmung mit den Entscheidungen des Londoner Ausschusses getroffenen Maßnahmen, so besonders auch die Kontrollbestimmungen, allgemein und für alle Staaten in gleichem Umfang zur Anwendung kommen.

Sollten jedoch andere Länder mit der Entscheidung Freiwilliger nach Spanien übereinstimmen und sich damit weiterhin in offenen Widerspruch zu der übernommenen Verpflichtung stellen, dann werde sich der italienische Staat vorbehalten, seine Regierung sich zu einer neuen Prüfung ihrer Haltung genötigt sehen. Wollte unbenutzt ist es, daß die einschränkten Maßnahmen nur auf Italien Anwendung finden sollen, was nur dazu führen würde, daß jene Kräfte, die die Bolschewisierung Spaniens wollten, freies Spiel erhielten.

Was die vermeintliche Lage in Spanien selbst anlangt, so könne Italien nur noch einmal darauf hinweisen, daß der Krieg in Spanien längst entschieden wäre, wenn die italienischen Vorschläge von Anfang an und schon im letzten Sommer zur Annahme und Verwirklichung gelangt wären. Die entsprechenden Maßnahmen seien aber von jenen Mächten, die der Bolschewisierung Spaniens den Weg offen halten wollten, erst empfohlen worden, als sie die Ziele ihrer gewaltigen und immer noch andauernden Unterstüßungen festsetzten haben.

Propagandaminister Alfieri betonte zum Schluß nochmals, daß Italien die übernommenen Verpflichtungen in vollem Umfang einhalten wolle, vorausgesetzt, daß diese Verpflichtungen auch von den anderen Mächten befolgt werden.

Waffen gegen geraubte Edelsteine!

Eine „Verkaufsorganisation“ der bolschewistischen reichsflüchtigen Spanier.

Paris, 1. April. (Zusammenfassung.) Der „Matin“ berichtet von einer weitverbreiteten „Verkaufsorganisation“ der Anarchisten und der bolschewistischen Gewerkschaftsbünde in Spanien für geraubte Edelsteine und Schmuckgegenstände auf den Märkten von London, Brüssel und Paris. Mit Beginn der Schreckensherrschaft der Anarchisten in Barcelona sei am 1. März der anarcho-bolschewistische Verband ein großes Lager von geraubten Edelsteinen und Goldgegenständen angelegt worden, das zum Teil aus dem Besitz von Privatpersonen, zum Teil aus Klöstern und Kirchen stamme. Zu Beginn des Jahres 1937 hätten die bolschewistischen Machthaber beschlossen, dieses Lager auf den europäischen Gold- und Edelsteinmärkten abzuleiten und in bares Geld für den Einkauf von Waffen und zur Unterstützung ihrer Organisationen in Spanien umzuwandeln. Nur in London sei es den anarcho-bolschewistischen Reichsflüchtigen nicht gelungen, ihre Waren an den Mann zu bringen. Von Barcelona aus sei ein Kurierdienst über die Pyrenäen bis Perpignan eingerichtet worden, um die Wertgegenstände über die Grenze zu bringen. Von dort aus nähmen sie ihren Weg teils über Land, teils über See. Das bisher flüchtig gemachte Geld — etwa 60 Millionen Franken — sei zunächst in Barcelona, Valencia und Alicante zur „Festigung“ der anarcho-bolschewistischen Organisation verwendet worden. Seit dem März dieses Jahres jedoch scheine es sich zu ändern. Die Reichsflüchtigen untergraben werden zu sein. Die verheerende Tätigkeit der bolschewistischen und anarcho-bolschewistischen Organisationen beispielsweise im kommunistischen Gebiet von Paris lasse darauf schließen.

ns. Berlin, 1. April. (Drahtbericht unjener Berliner Abteilung.) In Belgrad beginnt heute die Konferenz der Kleinen Entente. Wenn solche Konferenzen auch zu den regelmäßigen Einrichtungen gehören, so bringt der europäische Südosten diesem Treffen der Außenminister der Tschechoslowakei, Rumäniens und Jugoslawiens diesmal besonderes Interesse entgegen, da die politische Lage im Südosten sich durch die konsequente von jugoslawischen Regierung betriebenen Politik der Selbstständigkeit, die ihren sichtbaren Ausdruck in der jugoslawisch-bulgarischen Verständigung und in dem jugoslawisch-italienischen Vertrag fand, stark verändert hat. Daß man mit dieser Politik Belgrads nicht überall in der Kleinen Entente einverstanden ist, zeigt sehr klar ein längerer Artikel des rumänischen Blattes „Unirea“, der die jugoslawische Regierung daran erinnert, daß jeder politische Vertrag, jede einseitige Handlung, die die gegenwärtige politische Lage eines der Staaten der Kleinen Entente gegenüber einem dritten Staat ändern könnte, dem einseitigen Einverständnis des Rates der Kleinen Entente bedürfe. Gegenüber der selbstständigen Politik Jugoslawiens betont das rumänische Blatt ausdrücklich die Verpflichtung der drei Staaten der Kleinen Entente zu einer übereinstimmenden Außenpolitik.

Diese Außenpolitik aber soll nach Ansicht gewisser Politiker der Kleinen Entente nicht anders aussehen als die Belgrader. Nur allzu gerne möchten viele Politiker die Kleine Entente völlig im Fahrwasser Frankreichs halten.

Dreistündiger Ministerrat in Paris.

Paris, 31. März. Der dreistündige Ministerrat vom Mittwochsformtag war fast ausschließlich der Prüfung der internationalen Lage gewidmet. Außenminister Delbos erläuterte einen ausführlichen Bericht über die Arbeiten des Londoner Nichtbeteiligungsausschusses über den Stand der spanischen Grenzkontrolle sowie über die Freiwilligenfrage. Die französische Regierung glaube, so erklärte man, daß die Freiwilligenfrage in der nächsten Zeit mit Aussicht auf eine Verständigung wieder aufzutragen werden könne. Weiter behandelte Außenminister Delbos das neue italienisch-jugoslawische Abkommen und die Lage in Mittelamerika. Der Ministerrat bestimmte ferner die Abordnung der Franzosen auf der Konferenz von Montreux unter der Leitung der Abordnung der Unterabteilung des Leitan, als weiterer Delegierter wird der Abgeordnete Jannas genannt. Schließlich bewilligte der Ministerrat verschiedene Vorlagen, die die Einführung der Biersteuern, Arbeitswochen im Kleinhandel, aber auch im Großhandel, den Versicherungsvereinigungen, Sparkassen und in der Papier- und Holzindustrie vorsehen.

Frankreichs Rüstungsindustrie ohne Schwefelkies.

Schwere Folgen eines Ausfuhrverbotes der spanischen Nationalregierung.

Paris, 31. März. Der „Jour“ beschäftigt sich noch einmal mit der Frage, wie Frankreich spanischen Schwefelkies laufen kann, der für die französische Rüstungsindustrie unentbehrlich ist.

General Franco hat bekanntlich im Februar eine Erklärung erteilt, die die Lieferung von Schwefelkies an Frankreich untersagt. Die französische Regierung soll seit dieser Zeit vergeblich versucht haben, durch Mittelpersonen eine Aufhebung dieses Ausfuhrverbotes zu erlangen. Alle ihre Bemühungen sollen aber erfolglos geblieben sein.

Das Pariser Blatt fordert daher die französische Regierung auf, selbst mit der spanischen Nationalregierung in Burgos in Verbindung zu treten und zu versuchen, die Aufhebung des Ausfuhrverbotes zu erlangen. Der „Jour“ weist auch auf die Haltung der englischen Regierung hin, die eine Abordnung nach Spanien geschickt habe, um mit General Franco verschiedene wirtschaftliche Vereinbarungen zu treffen, obwohl sie keine offiziellen Beziehungen zur spanischen Nationalregierung unterhält.

Der Fehlbetrag im englischen Staatshaushalt.

London, 1. April. Das englische Finanzjahr 1936/37 schließt mit einem Fehlbetrag von 5 Millionen Pfund Sterling (rund 66 Millionen Reichsmark) ab, wie das Schatzamt am Abend des 31. März bekanntgab. Die Gesamteinnahmen belaufen sich auf 797 280 000 Pfund, während die Ausgaben auf 802 280 000 Pfund Sterling stellten. Der Fehlbetrag ist trotz der Steigerung der Einnahmen, die um 44 300 000 Pfund Sterling (etwa 560 Millionen Reichsmark) höher waren als im vergangenen Finanzjahr, eingetreten. Er ist auf das Rüstungsprogramm der englischen Regierung zurückzuführen.

Die japanische Presse zur Auflösung des Reichstags.

Tokio, 31. März. (Mitsubishi des D.M.) Die Ansicht politischer Kreise und der Presse, die fortlaufend Extrablätter herausbringt, geht dahin, daß die Auflösung des Reichstages eine Kampfanlage des Kabinetts Hasegawa an die Parteien bedeute, auf die diese in ihrer Selbstständigkeit unangetastet bleiben sollen. Die Regierung appelliere an den gebundenen Sinn des Volkes, mitzuwirken an der Überwindung der Krise, die durch das Übernehmen parteipolitischer Einflüsse auf die Staatsführung verursacht worden sei. Die Regierung werde die Verfassung der kommenden Wahlen durch ungeheürliche Beeinflussung der Wähler verhindern. Der aufgelöste Reichstag ist deshalb niemals eine wahre Vertretung des Volkes gewesen, weil die letzten Wahlen im Februar 1936 im Zeichen zahlreicher Wahlbeeinträchtigungen standen und der nach dem Februaraufruf vollkommen veränderten Lage nicht entsprochen hätten.

Dem dient auch der von der Tschechoslowakei unterstützte Vorschlag Frankreichs, neue, weitgehende gegenseitige Unterstüßungsverpflichtungen innerhalb der Kleinen Entente zwischen dieser und Frankreich zu schaffen. Da die bisherige Bündnisverpflichtung zwischen Prag, Belgrad und Bukarest sich nur gegen Angriffe zur Aufrechterhaltung des Friedensdiktates von Trianon richtete, so läßt dieser Vorschlag Frankreichs praktisch darauf hinaus, daß Jugoslawien und Rumänien der Tschechoslowakei auch dann beistünden, wenn ein „nicht provozierter Angriff“ von anderer als ungarischer Seite erfolgt. Zur Unterstützung dieses Planes hat in tschechischen und auch in rumänischen Blättern ein neuer Vorschlag gegen Deutschland eingelegt, das immer wieder allen möglichen milden Eroberungsplänen verdedigt wird. Dieses Mandat ist allzu durchsichtig. Die Agie Berlin—Rom ist diesen Politikern zu unheimlich und sie fürcht, daß Jugoslawien härter dieser Entwicklung Rechnung tragen könnte, verlangt die Politiker zu immer neuen Stützungsmaßnahmen. In der gleichen Richtung liegen ja auch die Beziehungen Österreichs zu einer Veränderung an die Kleine Entente zu gewinnen, wofür sich vor allem der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza einsetzt, der jetzt erst zu Besuch in Wien weilte. Man versucht also einmal die Politik der Verständigung, die sich in dem jugoslawisch-italienischen Abkommen dokumentiert, zu führen, um man versucht andererseits die Kleine Entente zum Gegenüber aller der Bedrohungen zu machen, die man heute durch das Wort von der Achse Berlin—Rom kennt. Doch die Bedrohungen, die durch die Stützungsmaßnahmen von Erfolg gekrönt sein werden, erscheinen nicht sehr wahrscheinlich. Die jugoslawische Regierung hat bereits auf die ersten Andeutungen über den tschechoslowakisch-französischen Plan, die Bündnisverpflichtungen auszuweiten, durchdrungen lassen, daß sie eine Erweiterung der Bündnisverpflichtungen innerhalb der Kleinen Entente für überflüssig hält. In diesem Standpunkt dürfte Belgrad festhalten, zumal der Freundschaftsvertrag mit Italien die absolute Sicherheit Jugoslawiens weitgehend untermauert hat. Das ändert nichts daran, daß die jugoslawische Regierung an ihren alten Freundschaften und dem aus diesen Freundschaften ausgehenden außenpolitischen Kurs festhält. Es wäre also falsch, nur etwa von einem Ende der Kleinen Entente zu sprechen. Doch die Meinungen innerhalb der Kleinen Entente (sich sehr weit auseinander, nicht sicher, aber ebenso sicher ist auch, daß diese drei Staaten sich immer wieder zusammenfinden in allen Fragen, die das Friedensdiktat von Trianon betreffen.

Antonescu und Krofta in Belgrad eingetroffen.

Belgrad, 1. April. (Zusammenfassung.) Der rumänische Außenminister Antonescu und der tschechoslowakische Außenminister Dr. Krofta trafen zur Konferenz der Kleinen Entente Donnerstagsvormittag in Belgrad ein. Dr. Krofta gab sofort nach der Ankunft den erschienenen Presse eine Erklärung ab, die die Bedeutung der ausführenden, daß sich seit seinem letzten Belgrader Besuch im Vorjahr viele wichtige internationale Ereignisse abgespielt hätten, bei denen Jugoslawien eine hervorragende Rolle zugefallen sei. Es sei natürlich, daß sich die Konferenz auch mit diesen Ereignissen beschäftigen werde. Man dürfe aber von ihr keine sensationellen Beschlüsse erwarten. Die Konferenzen der Kleinen Entente seien nur Mittel für die Zusammenarbeit und hätten keine sensationellen Beschlüsse zu fassen, denn die drei Außenminister der Kleinen Entente stünden miteinander in ständiger Verbindung.

Frankreich sieht seine Donauraumpolitik in Gefahr.

Pariser Presse warnt hinsichtlich der Tagung der Kleinen Entente.

Paris, 1. April. (Zusammenfassung.) Anlässlich der Eröffnung der außerordentlichen Ratstagung der Länder der Kleinen Entente besagt sich das „Deuxieme“ mit der vernünftigen Stellungnahme Jugoslawiens zu dem französischen Vorschlag eines gegenseitigen Beistandspaktes Frankreichs mit der Kleinen Entente gegen jeden Angreifer.

Der Abbruch des italienisch-jugoslawischen Abkommens habe in Prag und in Bukarest in vielen Fragen eine sehr heftige Kritik gefunden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werde die gesamte Entwicklung auf dem Balkan nach der im Vertrag an die Belgrader Konferenz herantretenden Aussprache zwischen Belgien und Stojadinowitsch die entscheidende Wendung nehmen. Falls, was zu befürchten ist, Stojadinowitsch endgültig den Vorschlag zurückweisen sollte, hätte Frankreich auf dem Balkan eine große Partie verloren. Der Artikel 2 des italienisch-jugoslawischen Abkommens gebe Jugoslawien mehr oder weniger die Möglichkeit, im Falle eines Konfliktes volle Neutralität zu wahren. In diesem Falle aber würde die Balkan-Politik für Frankreich eine unangenehme Wendung erleben. Im „Echo de Paris“ schreibt Berlioz: Man dürfe sich nicht verhehlen, daß die Kleine Entente demnach nur noch ein Phantom darstellen werde, falls Stojadinowitsch seine Politik fortsetzen sollte.

Das „Petit Journal“ will aus gut unterrichteten römischen Kreisen wissen, daß der französische Vorschlag eines gegenseitigen Beistandspaktes mit der Kleinen Entente in seiner Weise mit dem italienisch-jugoslawischen Abkommen in Einklang gebracht werden könne.

Frankreichs Kriegsminister fährt nach Warschau.

Paris, 1. April. (Zusammenfassung.) Kriegsminister Daladier wird sich demnach nach Warschau begeben, um dort an Ort und Stelle die Verteilungslage französisch-Polnische Beziehungen zu prüfen.

Beigegeben: Der polnische Kriegsminister, General Sikorski, hat sich am 31. März in Paris mit dem französischen Kriegsminister, General Daladier, getroffen. Der polnische Kriegsminister hat sich am 31. März in Paris mit dem französischen Kriegsminister, General Daladier, getroffen. Der polnische Kriegsminister hat sich am 31. März in Paris mit dem französischen Kriegsminister, General Daladier, getroffen.

Oberbürgermeisterwechsel in Wiesbaden.

Ein verdienstvoller Oberbürgermeister scheidet.

Am 31. März 1937 trat infolge Erreichens der Altersgrenze ein Mann in den Ruhestand, der über drei Jahrzehnte seine ganze Arbeitskraft und seinen unbeeinträchtigten Leistungswillen in den Dienst der Stadt Wiesbaden gestellt hat: Oberbürgermeister Schulte. In der Zeit vom 17. Febr. 1872 bis zum 31. März 1937 hat er die Stadt Wiesbaden in der besten Weise geleitet. Er ist der Vater der Stadt, die wir heute sehen. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht.

Die Verwaltung und Dienststellenleiter der Stadtverwaltung waren am Mittwochmittag im festlich geschmückten Rathsaal zum Abschiedsessen zusammengekommen. Oberbürgermeister Schulte war der Gast. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht.

Die Vorstände und Dienststellenleiter der Stadtverwaltung waren am Mittwochmittag im festlich geschmückten Rathsaal zum Abschiedsessen zusammengekommen. Oberbürgermeister Schulte war der Gast. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht. Er hat die Stadt von einem kleinen Dorf zu einer der größten Städte Deutschlands gemacht.

Regierungspräsident von Pfeffer

wandte sich mit herzlichsten Worten an den scheidenden Oberbürgermeister und führte u. a. aus:

Herr Oberbürgermeister Schulte! Sie scheiden heute aus dem Dienst, da Sie die Altersgrenze erreicht haben. Da verdient es sich wohl, einen kurzen Rückblick auf Ihre Tätigkeit in Wiesbaden zu halten. Sie kamen aus Weiskirchen, dem Land der roten Erde. Man hat von dort: „Wo Jien lag und Eten wach, da gibst du auf Ei, die doch pakt!“ — Sie sind bis auf den heutigen Tag ihrem Weiskirchen-Charakter unverändert treu geblieben. Und gerade das hat es Ihnen wohl ermöglicht, daß Sie sich aus eigener Kraft mit jähem Fleiß allein auf Grund Ihrer Leistungen zum einfachen Ingenieur bis zur Spitze der Stadt Wiesbaden heraufarbeiten konnten.

Aus Kunst und Leben.

Das Ungarische Philharmonische Orchester unternimmt, wie schon gemeldet, in der Zeit vom 1. — 11. April eine Deutschlandreise, die nach dem Sinn des deutsch-ungarischen Kulturabkommens dem künftlichen Austausch zwischen beiden Nationen dienen soll. Unter der Leitung des Professors Dr. Ernst von Dohnanyi werden in Breslau, Berlin, Hamburg, München/Köln, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim, Baden-Baden und München Konzerte stattfinden, in denen neben deutschen Werken von Beethoven, Weber, Brahms, Wagner und Liszt die ungarischen Komponisten Bartók, Kodály und Krtai zu Worte kommen. Die Kubapeter Philharmonie, die aus dem königlich ungarischen Opernhaus-Orchester gebildet ist und als das repräsentativste Orchester Ungarns schon auf eine 44-jährige Geschichte zurückblickt, erfreut sich dank der reichhaltigen ihrer Aufführungen, auch im Ausland eines guten Rufes. Ausgedehnte Konzertreisen, die auch schon mehrere Male Deutschland berührten, brachten dem Orchester große Erfolge ein. Sein Präsident und künstlerischer Dirigent, Prof. Dr. Ernst von Dohnanyi, ist eine der markantesten Musikpersönlichkeiten Ungarns. Als Pianist war Dohnanyi neun Jahre Professor für Klavier an der Berliner Musikhochschule und als Komponist ist er in Deutschland gut bekannt und hochgeschätzt.

Gespielt werden Konzerte mit der Wiener Staatsoper. Zwischen Generalmusikdirektor Dr. Furtwängler und der Leitung der Wiener Staatsoper geknüpfte Verbindungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß der Künstler in der nächsten Spielzeit einige Male in Wien am Dirigentenpult erscheinen wird.

„Neuer Oberon“. Hubert Franz und Winfried Jilly haben Webers „Oberon“ in der Wiesbadener Bühnen Düsselhof diese Neufassung zur Aufführung angenommen.

Wahrlich eine Leistung, die gerade wir Nationalsozialisten zu schätzen und zu ehren wissen. — 33 Jahre sind Sie in der Stadt Wiesbaden tätig. Eine lange Zeit! 1/2 des derzeitigen Jahrhunderts! — Sie haben Wiesbadens Blütezeit erlebt, in der der Kaiser und viele Fürsten des Auslandes die Weltstadt besuchten. — Dann kam die schwere und ernste Kriegszeit, die mit ihrer harten Hand sich weithin sichtbar in die Geschichte der Stadt eintrug. — Es folgte der Zusammenbruch. Und gerade in der schweren Zeit der beginnenden Inflation betrieb man Sie zum Ratskammer der Stadt. Eine dankbare, aber anerkennenswerte Betätigung, der Sie sich wohl gewachsen zeigten. Als 1. Beigeordneter bzw. als Bürgermeister der Stadt Wiesbaden erlebten Sie dann die großen, schweren Zeiten. In dem Sie sich in so anerkennenswerter Weise gegen die Katastrophentheorien der Weimarer Republik stemmten, leisteten Sie der Stadt unerschöpfliche Dienste. Dies hat auch der Nationalsozialismus anerkannt. Denn die NSDAP. schlug Sie 1933 zum Oberbürgermeister vor und begründete diesen Antrag u. a. wie folgt:

„Bürgermeister Schulte hat sich nie an den schädlichen Auswirkungen des parlamentarischen Systems beteiligt, sondern immer im Kampf gegen dasselbe gestanden. Dies hat schon vor Jahren der damalige Führer der Wiesbadener Nationalsozialisten, Theo Häbich, wiederholt hervorgehoben. Häbich hat sich schon damals in dem von Bürgermeister Schulte geführten Kampf gegen das heute überwundene System öffentlich für Bürgermeister Schulte eingesetzt. Handelnd nach dem Grundsatz der NSDAP, daß für die Befreiung eines Volkes, wie es hier in Frage steht, nur Verhältnisse in Betracht kommen, die tüchtig sind und Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rücksichtslos für den neuen Staat eintreten, hat die Fraktion den Beschluß gefaßt, der Stadtverordnetenversammlung für die Befreiung der Stadt die ersten Bürgermeister Schulte vorzuschlagen.“

Und auch im Dritten Reich haben Sie mit harter Hand die Fäden der Stadt gezogen. Wenn es Ihnen auch nicht beschiden ist, den endgültigen Erfolg Ihrer Arbeiten als Oberbürgermeister im nationalsozialistischen Staat im Amt zu erleben, weil die Verhältnisse eben härter waren, als daß Sie sie in drei Jahren, die Sie noch Zeit hatten, hätten meistern können, so haben Sie aber doch für Ihren Nachfolger eine bedeutende Vorarbeit geleistet. — Bei dieser dornenreichen Arbeit haben auch Sie erleben müssen, daß neben dem „Hosianna“ gleich das „Kreuzigt ihn“ steht. Aber lassen Sie sich das nicht verdrießen, denn Ihre Verdienste um Wiesbaden kann nicht der Alltag beurteilen, sondern nur die Geschichte der Stadt. Und in der Geschichte der Stadt Wiesbaden steht Ihre Arbeit mit hohen Letztern eingetragenen. Ich brauche nur an Ihre erste Tat, die Organisation der künftlichen Werke, zu erinnern, und an die Kolonnen am Kurhaus, die als Leibes unter Ihrer Leitung umgewandelt wurde. — Der nationalsozialistische Staat weiß Ihre Leistungen zu schätzen und Ihnen dafür zu danken. Als Beweis überreiche ich Ihnen ein Schreiben des Oberpräsidenten.

Schreiben des Oberpräsidenten.

„Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schulte! Am 1. April d. J. werden Sie infolge Erreichens der Alters-

Einführung des neuen Stadtoberhauptes.

Am Donnerstagvormittag versammelten sich die Ratsherren im Sitzungssaal des Rathauses zur feierlichen Einführung des neuen Oberbürgermeisters der Stadt Wiesbaden, Dr. Erich Kitz. Nach Begrüßungsworten von Bürgermeister Piktarski hieß

Regierungspräsident von Pfeffer

den neuen Oberbürgermeister herzlich willkommen. Er wandte sich an ihn mit folgenden Worten: „Es freut mich ganz besonders, daß der Herr Gauleiter gerade Sie als Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden vorgeschlagen hat und daß der Herr Minister Sie hierher sandte, denn aus Ihrem Werdegang kann man unsehbar sehen, daß Sie wohl für Wiesbaden der geeignete Mann sind. Sie haben nicht nur eine lange Erfahrung im Verwaltungsdienst hinter sich. Sie haben es auch verstanden, sich einen gewissen Ruf als Finanzpolitiker zu erwerben. Gerade diese Erfahrung können Sie hier in Wiesbaden gut gebrauchen.“ Regierungspräsident von Pfeffer gab dann einen Rückblick auf die Geschichte Wiesbadens in der Vor- und Nachkriegszeit. In den Jahren nach dem Kriege, so führte er u. a. weiter aus, „verarmte nicht nur die Stadtverwaltung, sondern auch die Bevölkerung Wiesbadens. Sie treten ein schweres Erbe an, aber auch ich



Oberbürgermeister Alfred Schulte.
(Photo, Tagblatt-Archiv, A.)

grenze in den Ruhestand treten. Sie werden damit eine lange Beamtenlaufbahn im Dienste der Stadt Wiesbaden, deren Leitung Ihnen in den letzten Jahren anvertraut war. Während Ihrer Dienstzeit haben Sie Ihre Person und Ihre ganze Arbeitskraft für die große, durch ihre Heilquellen weltbekannte Stadt Wiesbaden und gleichzeitig für die Wahrnehmung der vielen hiermit verbundenen Staatsaufgaben eingesetzt.

Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen, Herr Oberbürgermeister, für Ihre unter schwierigen Verhältnissen ausgeübte pflichtgetreue und lastungsvolle Amtsführung meine und der preussischen Staatsregierung Anerkennung und aufrichtigen Dank auszusprechen.

Indem ich hiermit meine besten Wünsche für Ihr künftiges Wohlergehen verbinde, bin ich mit

Heil Hitler!

(gez.) Philipp Prinz von Hessen.

Ich schließe mich, zugleich namens des Ministers, diesem Danke an und wünsche Ihnen alles Gute für Ihren Lebensabend, den Sie noch recht lange gesund und munter erleben mögen.“

Auf die Worte des Regierungspräsidenten sprach Oberbürgermeister Schulte seinen tiefgefühlten Dank aus. Mit einem Stog-Beil aus dem Führer schloß Oberbürgermeister Schulte die Sitzung.

Gauleiter Reichsstatthalter Sprenger

gab sodann dem neuen Oberbürgermeister richtungsweisende Worte mit auf den Weg. Der Führer hat festgelegt, daß das Volk durch die Partei geführt wird und daß zur Sicherung des Volkes und des Landes die Wehrmacht in Parallele zur Partei zu stellen ist. Außerdem besteht, reorganisiert und wiederhergestellt der Apparat zur Verwaltung der Güter des Reiches. So sind die Aufgaben ganz klar gestellt und müssen so durchgeführt werden. Die Gemeinden haben den Vorschlag in der Deutschen Gemeindeordnung eine gerade Marschroute für ihre Verwaltungstätigkeit bekommen zu haben. Hier in der vorerwähnten Linie ist die enge Verbindung mit

Volen um ihn herumstanden. Baron Thugut hielt ihn für den König und begann seine Rede, um den Herrscher zu begrüßen. Jener Herr war jedoch niemand anders als der Graf Stadelberg, der den Baron in seinem Irrtum ließ und duldete, daß er die ganze Begrüßungsrede herlesete. Erst nachher erfuhr der Baron Thugut zu seinem größten Bedauern, daß er sich in der Verlesung geirrt hatte. Am Abend spielte der Baron Thugut Karten. Thugut spielte aus und sagte: „Treffe König.“ „Sie irren sich, es ist Treff-Bube“, antwortete ihm Stadelberg. Der Baron tat, als hätte er sich geirrt, schlug sich auf die Stirn und sagte: „Sire, Verzeihung, das ist heute schon das zweite Mal, daß ich den Buben für den König halte.“

Abgeblüht. Der Vater der früheren Burenrepublik, Paul Krüger, oder „Oom Paul“, wie er von seinen Buren allgemein genannt wurde, hatte einmal einen Jungen, dessen in Transvaal angekommenen Holländer zu empfangen, der in der Burenrepublik eine Stelle zu erlangen hoffte und glaubte, mit seinen in der Heime erlangten Kenntnissen in Afrika den besten Eindruck zu machen. So hat er dann den Präsidenten, ihm eine Stellung im Staatsdienst zu verschaffen. Krüger sah den jungen Mann prüfend an: „Was können Sie denn?“ fragte er ihn. Der Junge antwortete: „Ich spreche Englisch, Deutsch, Griechisch, Lateinisch, Geschichte, Geographie, Mathematik, Geodäsie und noch allerlei.“ Krüger, der bekanntlich selbst nur eine sehr dürftige Schulbildung genossen hatte und auch recht geringe Fähigkeiten von einer solchen dachte, hörte geduldig zu. Als der junge Mann endlich mit seiner langen Aufzählung fertig war, blickte der Präsident eine dicke Rauchwolke vor sich hin und fragte: „Braucht man denn in Holland keine tüchtigen Leute?“ „Ja, Herr Präsident.“ „Warum sind Sie denn nicht dort geblieben?“ „Denn war die Audienz zu Ende, und dem allzu gelehrten jungen Holländer blieb nichts anderes übrig, als stillschweigend wieder die Rücksicht nach Hause anzutreten.“

Der Düsseldorf-Cornelius-Preis. Die Verteilung des Cornelius-Preises der Staatlichen Kunstakademie in Düsseldorf für Maler und Bildhauer wird am Dienstag Albert von Schlegelers am 26. Mai dieses Jahres durchgeführt. Alle in der Rheinprovinz oder in Westfalen gebürtigen und ansässigen Maler und Bildhauer, die Mitglieder der Kunstakademie sind, können sich darum bewerben. Sie müssen an die Kunstakademie bis zum 1. Mai mindestens drei und höchstens fünf Werke eingeleistet haben.

Internationale Kunstpreise für Venedig. Für die Biennale in Venedig im Jahre 1938 hat Mailand zwei Kunstpreise von je 2000 Lire gestiftet. Diese Preise werden an Maler und Bildhauer des Auslandes verliehen.

Ein italienisches Buch: „Deutschland im Braunehemd“. Das Buch im Druck erschienen von F. Zettl. „Deutschland im Braunehemd“ ist ein Buch, das die in Deutschland gesammelten Einbrüche und seine bereits früher in der „Tribuna“ veröffentlichten Artikel zusammengefaßt hat, wird von der „Tribuna“ in einem längeren Aufsatz besprochen. Das englische römische Blatt hebt besonders das Verdienst des Verfassers hervor, der es verstanden habe, die kulturellen, künstlerischen und geistigen Fragen des neuen Deutschlands dem italienischen Leser in ansehnlicher Weise nahebringen. Dies sei heute um so begrüßenswerter, als das große deutsche Volk gemeinlich mit Italien die abendliche Kultur vor der Barbarei des Bolschewismus verteidigt.

Seine Nachbarn. Graf Stadelberg, ein Minister der Kaiserin Katharina von Rußland, war berüchtigt für seinen Verstand, aber auch für seinen Stolz. Als er im Auftrag seiner Kaiserin nach Polen geschickt worden war, hatte er dort folgendes Erlebnis: Vom deutschen Kaiser war gleichzeitig der Baron Thugut nach Polen geschickt worden, und als dieser die erste Audienz beim König haben sollte, führte man ihn in einen großen Saal, in dem ein Herr gravitätisch auf einem Stuhl saß, während die dornenreichen Oefelente von

Wiesbadener Nachrichten.

Das neue Ziel.

Winterhilfe vorbei: die Arbeit geht weiter — „Mutter und Kind“. — Der NSB-Sommer.

Das Winterhilfsjahr 1936/37 ist zu Ende, bald wird Rechnung gelegt und das deutsche Volk wird erfahren, was der Zusammenhalt eines Volkes gegen Hunger und Kälte vermag. Kein Land der Erde nennt eine derartige Organisation gegen die Not im eigenen, die Nationen der Welt bilden mit Arbeit und Bemühen auf uns. Es ist auch an der Zeit, all den vielen tausend unbekannten Helfern zu danken, ohne deren selbstlose Tätigkeit das große Werk nie und nimmer gelingen konnte.

Wer da aber glaubt, daß nun, da der Winter zu Ende geht, der raktische Kampf gegen Not und Bedürftigkeit, gegen Krankheit und Leid ausgesetzt, der ist auf dem Holzwege. Ein solcher Kampf kennt keine Pause, keine Rast, kein Nachlassen. Die NS-Kraftsorgane hat ein ganzes Volk zu betreuen. Wenn der Winter zu Ende ist, wenn der Winter beginnt der warmen Jahreszeit die drückendsten Sorgen mildert, dann beginnt ein anderer Frontabschnitt in den Vordergrund zu rücken: die Fürsorge für Mutter und Kind.

Was die NSB zur Erhaltung und Besserstellung bedürftiger deutscher Mütter in den letzten Jahren getan hat, gehört heute schon der Geschichte an. Aber sie kennt kein Ausruhen auf Lorbeeren. Mit jedem Jahr vergrößert sich der Bedarf, mit jedem Jahre werden die Aufgaben auch hier größer, gestell und großzügiger bewältigt.

Zehntausende von deutschen Müttern und Kindern sind bisher schon zur Erhaltung versichert worden. Immer wieder sieht man den solchen Müttertransporten, hier dreißig Mütter, dort hundert, hier dreihundert Kinder, dort über tausend. Wenn man diese Transporte und ihre Kosten addiert, kommen gewaltige Summen heraus, aber der Lebensnotwendigkeit dieses Tuns muß erlebt, aus der Nähe erlebt werden.

Für die ersten Mütter, die da nur zwei Jahren plötzlich aufgefordert wurden, für ein paar Tage oder Wochen ihren Alltag liegen zu lassen und sich ins Grüne zu begeben, um sich zu erholen und pflegen zu lassen, war das vielleicht zunächst ein unfassbares Wunder. Es ist so sicherlich auch heute viel zu wenig bekannt, daß die Mehrzahl aller deutschen Mütter Zeit ihres Lebens keine eigentliche Freizeit, keinen Urlaub und keine ordentliche Erholung kennen. Und das kam auf einmal eine Organisation, die ihnen nicht nur die Erholung bot, sondern auch dafür sorgte, daß während dieser Zeit zu Hause nicht alles durcheinander brähe. Da entstanden plötzlich zu Hunderten Mütterheime, für viele nicht nur ein neues Wort, sondern auch ein neues, schwer fassbarer Begriff. In diesen findet Heime werden auch solche Mütter betreut, die nur einen Teil des Tages von zu Hause abschmücken, die also meistens für ein paar Wochen eine Halbtagserholung genießen.

Die Kindertransporte aber, die hat wohl jeder schon einmal auf irgend einem Bahnhof gesehen, sie sind fast ein fester Bestandteil des deutschen Reiselebens geworden. In ihnen spiegelt sich auch vielleicht der Umbruch bei uns am deutlichsten wider. Bei ihrem Anblick weiß man, daß im neuen Deutschland die Sorge für die Jugend oben an steht.

Diese Sommerarbeit der NSB, seit also mit Macht ein. Der NSB-Sommer beginnt jetzt, wenn der NSB-Winter sein Ende erreicht hat. Und wir alle müssen, das ist unsere selbstverständliche Pflicht, dafür sorgen, daß dieser NSB-Sommer für möglichst viele deutsche Volksgenossen ein schöner, gesundheitsbringender und lebensreicher Sommer wird.

B. W.

Nationalsozialistische Arbeitsgerichte entscheiden.

Die Pflicht zur Wiederherstellung der Gesundheit.

Der Unternehmer hat zwar an sich sein Recht, seinen Angestellten und Arbeitern für die Zeit außer der Geschäftszeit Verhaltensvorschriften zu geben. Aber aber krank ist und trotz der Krankheit auf Grund gesetzlicher aber vertraglicher Bestimmungen Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes besitzt, hat die Verpflichtung, nicht nur alles zu tun, was zur Wiederherstellung seiner Gesundheit nötig ist, sondern auch alles zu vermeiden, was die Wiederherstellung der Gesundheit beeinträchtigen könnte. Wenn ein solcher Angestellter trotz Krankheit abends ausgeht und sich nicht schon, kann er dadurch seine Weiterbeschäftigung für den Unternehmer unzumutbar machen.

Einsatz der ganzen Leistungskraft.

Im nationalsozialistischen Staat muß von jedem Volksgenossen erwartet werden, daß er seine ganze Arbeitskraft einsetzt. Hat daher ein Volksgenoss, der körperlich und geistig durchaus in der Lage ist, bei gutem Willen vollwertige Arbeit zu leisten, demüßigt lässig gearbeitet und dieses Verhalten trotz Ermahnung fortgesetzt, so hat er die aus diesem Grunde ausgesprochene Kündigung seinem eigenen pflichtwidrigen Verhalten zuzuschreiben.

Ohne Ausrede keine Kündigung des Dienstverhältnisses.

Soll ein im Angestelltenverhältnis beschäftigter Volksgenoss in Zukunft als Arbeiter weiterbeschäftigt werden, so muß verlangt werden, daß eine so bedeutsame Änderung des Dienstvertrages stets in einer ausdrücklichen, jedes Mißverständnis ausschließenden Aussprache zwischen Betriebsführer und Volksgenossmitglied vereinbart wird.

Der Gauentscheid im Reichsberufswettkampf.

— Frankfurt a. M., 31. März. Die zweite Etappe im Reichsberufswettkampf beginnt. Vom 1. bis 4. April wird in Darmstadt der Gauentscheid durchgeführt. Die Wettbewerbsleistungen in den einzelnen Gassen und Orten, sowie die Gauentscheidungen in Frankfurt a. M. hatten in den letzten Wochen eine anstrengende Arbeit zu leisten, um das Ergebnis der örtlichen Wettkämpfe festzustellen und die besten im Gau zu ermitteln. Die Zahl der Gauentscheider wird bei der 60prozentigen Beteiligung von nahezu 80.000 Teilnehmern gegenüber dem Vorjahr entsprechend höher sein (damals bei 58.800 Teilnehmern 689 Gauentscheider, darunter 151 aus Frankfurt). Die Teilnehmer am Gauentscheid treffen im Laufe des Donnerstags in Darmstadt ein, um nach einem Appell in den verschiedenen Werkstätten und Betrieben den

Mit Rücksicht auf die das Arbeitsverhältnis nach heutiger Rechtsanschauung beherrschende Treupflicht geht es nicht an, einen langjährigen Angestellten kurzfristig durch ein paar Worte zum Arbeiter zu machen. Bringt daher der Betriebsführer seinen Willen zur Umwandlung des Angestelltenverhältnisses nicht klar genug zum Ausdruck, so muß er damit rechnen, daß eine Einigung über die Umwandlung trotz Verbleibens des Gefolgschaftsangehörigen im Betriebe als nicht zustande gekommen angesehen wird.

Wandungsbeitrag für Speise.

Beträge sind nicht pfändbar, bei denen sich aus dem zugrundeliegenden Rechtsverhältnis ergibt, daß sie nur bestimmungsgemäß verwendet werden dürfen. Um solche zweckgebundenen Forderungen handelt es sich bei Provision- und Spesenrückstellungen eines Reisenden. Die Beträge unterliegen aus dem Grunde der Pfändung, wenn eine Vereinbarung über die Zweckgebundenheit nicht ausdrücklich getroffen worden ist.

— Reichsangehöriger für die Lebenshaltungskosten. Für März 1937 beträgt die Lebenshaltungskosten für die Lebenshaltungskosten 125,9 (1934/35 = 100). Sie liegt um 0,2 % höher als im Vormonat (124,8). Da der Index für die Ernährung, die sich um 0,3 % auf 122,8 erhöht hat, wirken sich jahreszeitlich bedingte Preissteigerungen für Kartoffeln und Gemüse aus. Die Index für die Bekleidung (124,5) und für „Verschiedenes“ (141,9) waren wenig verändert, die Index für die Wohnung (121,8) und für Heizung und Beleuchtung (126,6) sind gleich geblieben.

— Die Kurkarte ist eine öffentlich-rechtliche Abgabe. Sie dient der Herstellung, Unterhaltung und Zurverfügungstellung der Kuranlagen und für den Kurbetrieb getroffenen Veranstaltungen und Einrichtungen und wird von jedem Ortsfremden, der sich länger als drei Tage in Wiesbaden aufhält, dem ersten Tage seines Aufenthaltes an, ohne Rücksicht darauf, ob er von den getroffenen Veranstaltungen und Einrichtungen Gebrauch macht oder nicht, bis zu einer Höchstzahl von Kurtagen erhoben. Als Kurtagende im Sinne der Kurkarteordnung gelten auch Personen, welche zwar in Wiesbaden Grundbesitz haben, aber hier nicht ständig anwesend sind, Befreiung und Ausnahmen zur Zahlung der Kurkarte sind im § 9 der Ordnung für die Erhebung einer Kurkarte vom 19. März 1937 geregelt, ebenso die zu erhebenden Sätze und sonstige Bestimmungen. Diese Kurkarteordnung tritt am 1. April 1937 in Kraft, gleichzeitig diejenige vom 5. März 1935 außer Kraft.

— Verlängerung der Geltungsdauer von Steuerordnungen. Bis zum 31. März 1938 sind im Stadtbezirk Wiesbaden folgende Steuerordnungen verlängert worden: Ordnung für die Erhebung einer Gemeindefeuer von der Erhebung der Erlaubnis zum Führen der Waffe, der Gastwirtschaft, Schaftwirtschaft, der Gemeindefeuerordnung, Brauereiverordnung, Gemeindefeuerordnung, Vergütungsordnung, Betriebsanordnungen.

— „Wertlose Werte“ gibt es nicht! Selbst was du verbrinnst, schaffst Arbeit und damit neuen Treibstoff für vielerlei Leben. Sammelte Müll, er ist wertvoll für uns alle!

— 100.000 Volksgenossen erhielten Freifahrten bei „KdF“. Wie hart die Notlage der „KdF“ auch den Unmittelbaren zugute kommt, ergibt sich aus einem Rechenschaftsbericht für 1936. Darin haben im Berichtsjahr über 100.000 deutsche Volksgenossen Freifahrten von einer Dauer von 8–14 Tagen im Rahmen der Urlaubsbereise von „KdF“ erhalten.

— Wenn die Wähe bricht. Eine Burgstraße und Müllgasse brach am Mittwochmorgen, 9½ Uhr, an einem Volkstrauertage die Vorderstraße, so daß der Wagen abfiel. Das rechte Vorderrad, Tür und Trittbrett wurden fast beschädigt. Der Wagen mußte gehoben und abgeschleppt werden.

— Treue Mieter. Am 1. April wurde immer gern umgezogen und so können an diesem Tage viele Familien auf langjährige Mietverhältnisse zurückblicken. So wohnen nachstehende Familien 25 Jahre und mehr in derselben Wohnung: Jakob Heibig, Gellenaustraße 20; Frau Marie Hilberand, Schornbrunnstraße 7; Frau Helene Krieger, Körnerstraße 39; Schuhmachermeister Georg Steuer, Weidestraße 39; Schwester Elisabeth a. Partung, Domstraße 8; Familie Wehler-Jummann, Hermannstraße 4; Frau Philippine Wendt, Wwe. Kerkstraße 18; Familie Karl Puh und Familie Haffelstein, Steingasse 36.

— Berufsjubiläum. Am 1. April feiert Berufsjubiläum Wilhelm Kumann in voller Mündigkeit sein 50jähriges Arbeitsjubiläum bei dem preussischen Kulturamt.

— Ihre Silberne Hochzeit feiern am 2. April die Eheleute Joh. Zimmermann, Heilstr. Kerkstraße 27.

— Alte Kameraden treffen sich. Am 4. April findet in B. u. d. e. ein Kameradentreffen anlässlich der Regimentsgründung des ehem. Inf.-Regts. Nr. 168 vor 40 Jahren statt. Kamerad Oberst a. D. S. a. u. hat die Leitung übernommen. Kameraden, die sich beteiligen wollen, melden dies umgehend durch Karte bei Kamerad K. W. a. n. o. r. Wiesbaden, Kerkstraße 15. — Am 8., 9. und 10. Mai 1937 findet in Potsdam eine Wiederkehrsfest für die Kameraden des ehem. 2. und 4. Garde-Feldartillerie-Regiments statt. Auskunft erteilt Stenografenmeister L. e. b. m. a. n., Berlin-Steglitz, Treibschiffstraße 15.

— Kurhaus. Zum 40. Todestage von Johannes Brahms (gest. 3. April 1897) findet am Sonntag 4. April 1937 — nicht wie früher angekündigt am 3. April — im großen Saale des Kurhauses ein „Brahms-Konzert“ statt. Zur Aufführung gelangen die 3. Sinfonie, op. 90, in F-Dur

(Wiesbadener Sinfonie), und das erste Klavierkonzert in D-Moll, op. 15. Solist des Abends ist Albert Hoffmann, Wiesbaden, Dirigent August Vogt, Orchester des Städtischen Kurorchesters.

Wiesbaden-Biebrich.

Zahlreiche Arbeitsjubilare sind in der Firma Hentzel u. Co., Wiesbaden-Biebrich, tätig. So feierte u. a. Herr Heinrich Koch bereits am 29. Januar sein 25jähriges Dienstjubiläum, während heute, am 1. April, Herr Otto Maurer auf eine 25jährige, und Herr August Sand auf eine 20jährige Mitarbeit im Dienste der Firma zurückblicken können. Herr Conrad Schärp hat bereits am 1. Februar sein 25jähriges Arbeitsjubiläum feiern können, während sich Herr Walter Gruber am 22. April sogar 40 Jahre lang in treuer Mitarbeiterfülle demütet hat. Zahlreiche Gefolgschaftsmitglieder feiern heute, am 1. April, 10 Jahre lang im Dienste des bekannten Unternehmens.

— Geschäftsjubiläum. Das von Herrn Heinrich Standop gegründete Schuhhaus besteht heute, am 1. April, 50 Jahre. — Erbschaft. Die Erbschaften finden am 1. April ab am Dienstag, Donnerstag und Samstag von 1–3 Uhr statt. Bei den hiesigen Diensthelfen ist am 1. April ab am Samstagdienst eingeführt und zwar von Montag bis Freitag von 7–15 Uhr und Samstags von 7–14 Uhr.

— Juwelen im Schloßpark. Der Bestand unseres Geflügels im Schloßpark wurde um sechs prächtige Geflügelarten vermehrt. Die farbigen prächtigen Tiere, welche vorläufig noch hinter dem Schanzenhaus untergebracht sind, sollen später den Besuchern zu einer besonderen Zierde werden. Geländebild. Auf dem hiesigen Hundsbüsch wurde eine Geländebild mit Inhalt abgegeben.



Wiesbaden-Dohheim.

— Gepflegte Waldwege. Außer dem durch ein gut Stück des Dohheimer Stadtwaldes führenden Rheingauer Pfad wurde in der letzten Zeit der Herrichtung schöner Waldwege in der näheren Umgebung besondere Aufmerksamkeit zugewandt. So hat der Pfad durch den „Schelmengraben“ eine Instandsetzung erfahren. Ein anderer, gern begangener Waldpfad ist rechts des „Langendickbaches“ entstanden, der sich vom Ortsausgang bis zur Walderholungsstätte vor dem Schanzenhaus hinzieht. Auch andere schon angesehene Spazierwege führen durch den heimlichen Wald, dem Wanderer die Schönheiten der Natur erschließen. Soweit wegen der Witterung einzelne Wege noch nicht gegangen werden, sorgt eine laufende Instandhaltung für Abstellung der Schäden.

— Die Obstentlastung an die Zentrale des Obst- und Gartenbauvereins ist der Jahreszeit entsprechend fast ganz zum Stillstand gekommen. Der Entlastungsfall im letzten Herbst hat sich auch bei den bis zum Frühjahr haltbaren Obstsorten bemerkbar gemacht, so daß diese von den Erzeugern schon zu einem viel früheren Zeitpunkt abgeholt wurden.

— Die Frühjahrspflanzung der Haus- und Strebergärten schreitet zügig vorwärts. überall wird fleißig die Erde umgearbeitet. Am Frühjahrsgewinn, vor allem der Spinat, steht gut im Wachstum. Besondere Sorgfalt wurde auf die vermehrte Anlage von Wildbeeten gelegt, um möglichst frühzeitig Gemüsepflanzen zur Verfügung zu haben oder den vitaminreichen Apfelsaft aus den Äpfeln zu gewinnen. Obstbäume und Beerensträucher erfahren einen Kaltschutz zum Schutz gegen Angestellte. Die Rosenblüten der Gärten erscheinen bereits im letzten Grün. — In den Weinbergen hat ebenfalls die Arbeit schon begonnen. Hier erteilt sich die Tätigkeit in erster Linie auf die Düngung und das Entfernen des dürren Holzes.

— Bei der Arbeit verzieht. Beim Transport von Eisenstangen verunglückte am Mittwochabend in einer Wäldchenstraße ein 16jähriger Knabe, der auf dem Rücken eines Eimers lag, so unglücklich, daß ihm der linke Unterarm gebrochen wurde. Man brachte den Verletzten sofort ins St. Josephs-Hospital.

Magen beschwerden.

Darm- und Gallenleiden, das echte Waaning-Tilly-Öl leistet oft gute Dienste. Nur in Apotheken, Gr. Tropf- flasche 1,75 — 36 Kapseln 2,25. Bestand a. d. Packung.

Wiesbaden-Bierstadt.

— Straßenperrung. Zur Ausführung von Straßenbauarbeiten wird die Kurortstraße in Wiesbaden-Bierstadt zwischen der Siedlung „Fichten“ und der Einmündung der Kerkstraße in Wiesbaden-Rambach für die Dauer der Arbeiten für den Fußgänger gesperrt. Die Umleitung erfolgt über Wiesbaden-Kloppenheim und Wiesbaden-Feld in beiden Richtungen.

Aprikosen und Kirschen blühen im Rheintal.

— Vom Mittelrhein, 31. März. Im Rheintal ist der Frühling eingezogen. In den Oberrheinischen Rheintal und Pfälzern und noch nach an den Alpen des Stromes Frühling gezogen wird, müssen sich in das junge Grün der jungen Blätter die Blütenmatten der Aprikosengärten, in besonders geliebten Lagen leuchtet bereits der Schnee blühender Kirschen weit in das Land hinein.

Der Brand im Kloster Marienthal.

Nach das 2. Stodwert und ein Teil der Bibliothek vernichtet.

Geilenheim, 31. März. Zu dem bereits gemeldeten Großfeuer im Kloster Marienthal, erlitten wir noch folgende Einzelheiten: Am Dienstagvormittag gegen 10 Uhr brach in dem nahe bei Geilenheim gelegenen bekannten Wallfahrtsort Marienthal ein Großfeuer aus. Vermutlich durch einen Kaminsbrand entzündet, in dem 2. 700 Jahre alten Klostergebäude Feuer im Dachstuhl, das sich infolge des starken Windes innerhalb kürzester Frist über das ganze Dachgeschoss ausbreitete. Auf den Alarm Großfeuer eilten die Wehren aus Geilenheim, Rüdelsheim, Johannisberg und Elfrich mit ihren Motorspritzen an die Brandstelle, denen auf Anforderung etwas später auch die Wiesbadener Berufsfeuerwehr folgte. Mit etwa 20 Schlauchleitungen und fünf Motorspritzen ging man dem verheerenden Element zu Leibe. Trotz dem genügend Wasser vorhanden war, konnte nicht verhindert werden, daß von dem 30 Meter hohen und 45 Meter langen Gebäude der Dachstuhl und das dritte Stod wertvoll vollständig vernichtet wurden. Außerdem wurde die im Jahre 1904 gebaute Kapelle durch das Feuer fast restlos vernichtet. Menschensleben waren nicht in Gefahr. Ein großer Teil des Mobiliars konnte durch das tatkräftige Eingreifen der G.M. und des NSKK gerettet werden. Das NSKK hatte einen handigen Fendelortsführer mit seinen Fahrzeugen nach den nächstgelegenen Orten eingerichtet, um Helfer herbeizuführen.

Trotz aller Anstrengungen gelang es nicht, die sehr wertvolle Bibliothek, die in dem oberen Geschloß untergebracht war, vollständig zu retten. Ein Teil der Bestände ist durch Feuer oder Wasser vernichtet worden. Der hier entstandene Schaden läßt sich zur Zeit noch nicht übersehen. Nach dreitägiger Arbeit war jede Gefahr für die anderen Gebäude, insbesondere die Wallfahrtskapelle, beseitigt. Der Wallfahrtsort Marienthal wird jährlich von etwa 300 000 Menschen besucht.

Verhängnisvolle Eifersucht.

Mutter ertränkt ihre beiden Kinder im Rhein.

— Bingen, 1. April. (Funkmeldung.) Eine Frau aus Oberhildersheim, die ihren Mann im Verdacht hatte, ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen zu unterhalten, ließ sich aus Verzweiflung zu einer furchtbaren Tat hinreißen. Als der Mann nach auswärts gefahren war, nahm die Frau ihre beiden Kinder, ein Mädchen von 7 Jahren und einen Jungen von 6 Jahren, und fuhr mit ihnen nach Gausheim an den Rhein. Hier nahm sie eine größere Menge Alkohol zu sich und warf dann zunächst den 6jährigen Jungen unter einer Brücke in den Flußgraben. Das Mädchen ergriff darauf die Flucht, wurde aber von der Mutter eingeholt und ebenfalls ins Wasser geworfen. Die beiden Kinder ertranken. Als der Frau zum Bewußtsein kam, was sie angerichtet hatte, stürzte sie heulend auf den Boden. Einige Stunden später vernahmen Fußgänger Schreien und Stöhnen vom Rhein her. Beim Nachsuchen fanden sie die Frau, die ins Krankenhaus gebracht wurde. Dort gestand sie der Polizei die Tat ein. Nachdem die Frau sich erholt hatte, wurde sie dem Gefängnis in Mainz zugeführt. Der Mann bekräftigt, seiner Frau irgendwie Anlaß zur Eifersucht gegeben zu haben. Die Leichen der beiden Kinder wurden inzwischen geborgen.

Irland will an der britischen Reichskonferenz nicht teilnehmen.

Erklärungen de Valera im Landtag.

Dublin, 1. April. de Valera erklärte am Mittwoch im irischen Landtag, unter den derzeitigen Umständen hätte es für den irischen Freistaat keinen Wert, auf der kommenden britischen Reichskonferenz vertreten zu sein. Er war von dem Abgeordneten Dillon gefragt worden, welche Vorbehalte die irische Regierung für die Reichskonferenz getroffen habe. de Valera führte weiter aus, die irische Regierung sei zwar hinreichend über die zu behandelnden Fragen unterrichtet worden, habe aber von sich aus keinerlei Anregung für die Konferenz gegeben. Sie habe die Einladung weder angenommen noch abgelehnt, auch bisher nicht endgültig erklärt, ob sie an der Angelegenheit interessiert sei. Unter den gegebenen Umständen bedeute es für den irischen Freistaat keinen Vorteil, wenn er auf der Reichskonferenz vertreten wäre.

Auch Neuseeland rüstet auf.

London, 31. März. Im Zuge der allgemeinen Aufrüstung hat nunmehr Neuseeland beschlossen, seine Luftmacht neu aufzustellen. Die Luftmacht wird künftig vom Kriegsministerium getrennt und erhält eine eigene Verwaltung. Zum Leiter der neuen selbständigen Luftmacht Neuseelands ist der Fliegeroberst Cochrane ernannt worden. Cochrane ist britischer Offizier und an die Regierung von Neuseeland „ausgeliehen“ worden. Eine derartige Ausleihung britischer Offiziere an die Dominien ist bereits seit längerer Zeit üblich.

G.M. baut Kanäle mit politischen Strafgefangenen.

Moskau, 31. März. Die Sowjetblätter melden, daß der seit fünf Jahren im Bau befindliche Binnenkanal, der die Wolga mit dem Moskwa-Fluß verbindet, und auf diese Weise einen Schiffsahrtsweg von Moskau bis zum Kaspischen Meer herstellen soll, in wenigen Monaten beendet sein werde. Bekanntlich ist für die Kanalbauten ein Heer von meist politischen „Strafgefangenen“ eingesetzt worden. An dem ganzen Abschnitt des Kanals, der von Moskau über Dimitrow nach Jankowsk an der Wolga führt, sieht man jederzeit Tausende von Opfern des Sowjetterrorismus aller Nationalitäten (Polen, Ukrainer, Tataren, Kaukasier, Mittelasiaten usw.) unter starker Bewachung von Militär und G.P.U. ihre schwere Arbeit verrichten, oft mit überaus furchtbaren Mißhandlungen.

Die Leitung des Kanalbaus liegt, ähnlich wie beim Bau des Ostsee-Baltischen-Kanals, völlig in den Händen jüdischer G.P.U.-Einpeitscher. Der Chef des Kanalbaus ist der stellvertretende G.P.U.-Chef selbst, Bermann, sein Stellvertreter Kirin. Chefarchitekten sind die G.P.U.-Ingenieure Schul, Rogan, Friedland, Baumholz und andere. Nach Beendigung des Wolga-Moskwa-Kanals will die G.P.U. neue Verkehrsbauprojekte unternehmen: Den Ausbau der Flugschiffahrtshäfen von Robinsk und Uglitsch und den Wolga-Don-Kanal bei Stalingrad. Das dazu benötigte riesige Menschenmaterial an Strafgefangenen scheint also nicht zu verfehlen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 18 Seiten, und das „Unterhaltungsblatt“.

- Fall 1: Nikotin ist mir verboten — und nikotinarm? Bex, das schmeckt immer nach Stroh!
- Fall 2: Man muß die Nachteile des Nikotin leider mit in Kauf nehmen, wenn man wahren Genuß haben will — ich hab's so oft ausprobiert!
- Fall 3: Wenn ich schon entbehren muß, dann lieber in der Menge als im Geschmack. Besser nur zwei „richtige“, als vier nikotinarme, wenn's auch noch so schwer fällt.
- Fall 4: Ich rauche eine ganze Packung am Tag. Ich weiß, daß es mir schadet, aber ich mag dieses nikotinarme Zeug nicht.
- X Fall 5: Der Arzt hat gut reden, ich kann aber nicht arbeiten ohne eine „richtige“ Cigarette.
- Fall 6: Ich werde nervös, reizbar und ungerecht, wenn ich nicht rauchen darf. Und nikotinarm rauchen ist noch schlimmer als gar nicht rauchen.
- Fall 7: Ich hab's noch immer herausgeschmeckt, wenn eine Cigarette nikotinarm ist, und trotz Arzt, Frau und besserem Wissen leider weiter rauche. Ich bin gesündigt.



„Ich war Fall 5- jetzt ist mir geholfen!“

Ich hätte nie geglaubt, daß die Astra nikotinarm ist, so gut schmeckt sie. Dabei ist ein Nikotingehalt von weniger als 1% beglaubigt.“

Auch Ihnen wird die Astra helfen. Sie ist eine echte Kyriazi, vollmundig im Aroma und von hoher Bekömmlichkeit. Die Nikotinarmut der Astra ist eine gewachsene Eigenschaft der Tabakblätter, die zu ihrer Herstellung Verwendung finden. Kein künstlicher Nikotinentzug. Keine chemische Behandlung.

REICH
an Aroma
ARM
an Nikotin

KYRIAZI
48 Astra

MIT UND OHNE MUNDSTÜCK



